

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4506. — **Postkontonr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegraph-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4506

**Inseratenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonelle ober deren Raum 1.00 M., bei Platzvorschrift 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonelle 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggelächte und alle Postanstalten entgegen.

## Die Beerdigung Karl Gareis.

### Eine machtvolle Demonstration des Münchner Proletariats.

München, 14. Juni. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Gestern vormittag konnten trotz des Versammlungsverbotes und großer Polizeiangebote zwei Versammlungen abgehalten werden. Reichstag abgeordneter Unterleitner konnte in einer Versammlung von 4000 Arbeitern des graphischen Gewerbes sprechen. Auch das Verbot des Trauerzuges war von der Polizei gegenüber einer Deputation des Streikkomitees aufrecht erhalten worden. Trotzdem und obwohl die Landespolizei in ihren Autos sehr nervös in allen Stadtteilen herumfuhr, wurde der Trauerzug unter ungeheurer Massenbeteiligung abgehalten. Die Theresienwiese war mit Stacheldraht abgeperrt, weil die Streikleitung diesen Punkt als Sammelplatz und Aufstellungsort angegeben hatte. Aus den einzelnen Stadtteilen zogen die Genossen nun bezirksweise nach dem Friedhof, wo die Beisetzungsfeier stattfand und formierten sich auf dem Wege zum Friedhof bereits in der inneren Stadt zu langen Zügen. Schon in der Müllerstraße entstand so eine ungeheure Massenfundgebung, zu der immer neue Gruppen und Sektionen aus den übrigen Stadtteilen stießen. 70—80000 Männer und Frauen zogen mit roten Fahnen zum Friedhof, um dem ermordeten Genossen Gareis das letzte Geleit zu geben. Die Sipo hatte wiederholt versucht, die einzelnen Züge zu zerstückeln und abzubringen, mußte aber schließlich ihr Vorhaben aufgeben, weil die kleinen Züge aus den verschiedenen Stadtteilen in zu großer Anzahl auf die innere Stadt zuströmten. Im Friedhof fand die Trauerfeier statt. Genosse Dr. Hiero, der dem Ermordeten persönlich nahestand, würdigte ihn in seiner Ansprache als reinen Menschen, der immer bereit war, sich für andre aufzuopfern. Genosse Neumann sprach für die bayerische Landtagsfraktion der USPD, die mit Gareis ihren Verlierer verlor. Als dritter Redner sprach Genosse Ledebour im Namen des Zentralkomitees der USPD. Nach der Trauerkundgebung formierten sich zwei große Züge, die nach der Stadt zurückzogen. An den Zügen brüllten die Sipo Aufstellungen genommen, zum Teil mit aufgeschlagenen Bajonett, mit Handgranaten, Maschinengewehren und Panzerautos. Die Arbeiter stießen sich aber nicht durch dieses herausfordernde Benehmen der Polizei provozieren, sondern schwenkten unmittelbar vor der Mauer mit ihren roten Fahnen unter Abhängen der Internationale und des Sozialistenwappens seitwärts ab. Zu Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

Beim Auszug aus dem Friedhof wurde noch ein gemeinsames Kundgebungsplakat der Gewerkschaften, der Betriebsräte, der SPD und USPD verteilt, in dem es u. a. heißt: „Am Grabe unseres toten Genossen Gareis, der nicht zu ruhen und zu rasten, bis Bayerns Zustand denen sozialistischer Staaten wieder gleichen. Die Speeren der Panzerautos, der schweren Maschinengewehre, der Drahtverhänge und der langbewehrten Soldaten, des Münchner Landwogs, die uns seit Tagen und auch zu dieser feierlichen Stunde umgeben. Wohlan, das Maß ist voll, der Kampf ist entbrannt, die erste Schlacht ist geschlagen.“ Zum Schluß heißt es dann: „Wollt Ihr, daß Eure Besten nacheinander ermordet werden? Wollt Ihr, daß das Volk, das die Wunden der neuen Kämpfe, das Sieg.“ Dieses Flugblatt wurde von der Polizei beschlagnahmt, nachdem es in vielen tausend Exemplaren bereits unter die Massen gekommen war.

## Abbruch des Professstreikes.

München, 14. Juni. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Der von vorüberhin auf Tage befristete Streik ist in meistertlicher Disziplin und Ordnung durchgeführt worden und am Montagabend gemäß der ausgegebenen Parole abgebrochen worden. Das bayerische Proletariat hat aber damit den Kampf nicht aufgegeben. Es ist nur in einen Waffenstillstand eingetreten und steht jetzt Gewehr bei Fuß.

## Professkundgebung der Berliner Arbeiterchaft.

Berlin, 14. Juni. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Die Demonstration des Berliner Proletariats verlief trotz des unangünstigen Wetters — es regnete den ganzen Tag in Strömen — als eine gewaltige Kundgebung. Gegen vier Uhr bereits strömten aus allen Teil der Stadt lange Züge mit roten Fahnen nach dem Schlossplatz. Neben den leuchtenden Bannern wurden Tafeln im Zug getragen, deren Aufschriften die Einigung des Proletariats gegen die Reaktion verlangten. Der Schlossplatz bot nicht genügend Raum, um die Demonstranten aufzunehmen, so daß auch in Lustgarten verschiedene Züge Aufstellung nahmen. Von unserer Partei sprachen Genosse Crispian, Dörmann, Berger, Ullmann, Eckardt und die Genossen Wurm. Alle Redner hoben hervor, daß die Einigung des revolutionären Proletariats das Ziel aller sozialistischen Parteien werden müsse. Genosse Dörmann betonte besonders die Notwendigkeit der Einigung und sand damit förmlichen Beifall, obwohl gerade rings um ihn die Kommunisten, die sich der Demonstration angeschlossen hatten, sehr stark vertreten waren.

## Die Entwaffnung geht weiter — die Waffen können wiedergeholt werden.

In einer amtlichen Erklärung, die von München aus verbreitet wird, heißt es u. a.: Die angeordnete Entwaffnung der Einwohnerwehr geht weiter. Die Leistungen der Einwohnerwehr sind seitlich darauf

aufmerksam gemacht worden, daß im Falle eines Putzsches von links Maßnahmen getroffen sind, um Waffen in den Depots in Empfang nehmen zu können. Die Verantwortung dafür fällt nur auf die Anzeiger der proletarischen Bewegung. Im übrigen ist der Generallieferant von der Streikleitung für den heutigen Montag abgeliefert.

Diese „Erklärung“ für die von uns gestern gemeldete Unterbrechung der Entwaffnung ist eine oberflächliche Ausrede. Die Protestaktion des Proletariats gegen den feigen Meuchelmord an dem Genossen Gareis und gegen die Schandwirtschaft der Kahr-Regierung ist in München und in ganz Bayern mit vorbildlicher Disziplin und in musterhafter Ordnung durchgeführt worden. Sie bot den Kahr und Pöchner nicht den geringsten Anlaß, ihre bewaffneten Banden zu mobilisieren. Wenn die bayerische Ortschafts-Regierung trotzdem bereit war, die Entwaffnung der Einwohnerwehren zu unterbrechen und die Ortschaftsbanden mit neuen Waffen auszurüsten, so beweist das nur, daß sie nur auf einen Vorwand wartete, um die mit so großem Widerstreben und in so ganz unzulänglicher Weise vorgenommene Entwaffnung rückgängig zu machen. Offenbar wollten die Kahr'schen Regierungsmänner damit beweisen, daß die Vorwürfe der Ehrlichkeit und Ehrliebe, die Kahr-Regierung sei zu nachgiebig und schlapp, ganz unberechtigt sind. Die Kahr und Pöchner sollten sich deshalb ihre dummen Ausreden sparen. Sie können die Deffektivität nicht mehr über den wahren Zweck und die Motive ihrer reaktionären Handlungen täuschen.

## Ein Abkommen über die Räumung Oberschlesiens.

Paris, 13. Juni. Aus dem Hauptquartier Korfants meldet der Berichterstatter der Chicago Tribune: Es sei anzunehmen daß am 22. Juni, also 50 Tage nach dem Ausbruch des polnischen Aufstandes, die Ententemächte wieder ihre volle Autorität in Oberschlesien ausüben würden, wenn zwischen Deutschland und Polen die Bestimmungen über die Entwaffnung durchgeführt würden, wie sie in den Konferenzen zwischen den Alliierten, Polen und Deutschen festgesetzt wurden. Das Programm, das durchgeführt werden soll, lautet:

1. Am 14. Juni beginnt der Rückzug der Truppen der Insurgenten und des deutschen Selbstschutzes, der am 22. Juni beendet sein soll.
  2. Je nach dem Fortschritt dieser Abrüstung übernehmen die Alliierten die Garnisonen in den Abstimmungsgebieten.
  3. In Abänderung der Korfantslinie wird eine militärisch-neutrale Zone geschaffen, durch die die Insurgenten und die deutschen Truppen voneinander getrennt werden.
  4. Jede der beiden Zonen wird durch militärische Streikkräfte besetzt sein. Im Korfantsgebiet werden Polen für den Polizeidienst rekrutiert, im deutschen Teile deutsche Truppen.
  5. Angriffe von beiden Seiten werden im Verlaufe der Abrüstungsperiode oder später das Abkommen ungültig machen. Die alliierten Truppen sollen in solchen Fällen zur Waffengewalt greifen.
- Korfants hatte am Sonnabend mehrere Konferenzen mit den militärischen und politischen Bevollmächtigten der Alliierten. Er fordert eine volle Amnestie für die Insurgenten. Nach den letzten Nachrichten haben die deutschen Delegierten das Abkommen angenommen.

## Meuterei im Lager Korfants.

Die Freiheit berichtet: Seitdem das Gerücht verbreitet wurde, daß Korfants dem Abkommen zugestimmt habe, ist heftiger Aufruhr in seinen Reihen eingetreten und sichtbare Zeichen der Desorganisation machen sich bemerkbar. Man wirft Korfants vor, daß er im Interesse internationaler Kapitalisten handle. Diesen Zustand haben die Kommunisten benutzt, um Unruhe in seine Reihen zu bringen. Einzelne dieser Agitatoren wurden bereits gefangen gesetzt und vor ein Kriegsgericht gestellt. Diejenigen, die mit dem Abkommen Korfants unzufrieden sind, stellten sich hinter einen gewissen Hauptmann Adolf Hauke, der Kommunist ist und sich zum Oberkommandierenden der Insurgenten gemacht hat. Er wurde verhaftet, ebenso mehrere seiner Mitverschworenen. Allerdings mußten sie am gleichen Tage wieder entlassen werden. Hauke soll es sogar gelungen sein, mit seinen Soldaten Korfants Haus mit Maschinengewehren zu bedrohen. Korfants wurde aber aus dieser Gefangenschaft befreit, was allerdings nur dadurch möglich wurde, daß er zunächst vom Balkan aus die Mittellung machte, daß Hauke und seine Soldaten kraftlos ausgehen würden.

Korfants hatte am Sonntag mehrere Besprechungen mit militärischen und politischen Bevollmächtigten der Alliierten, in denen er besonders Amnestie für die Insurgenten verlangte.

## Zusammenkunft des Obersten Rates Ende Juni?

Paris, 14. Juni. (T.M.) Der Temps meldet aus zuverlässiger Quelle, daß der Oberste Rat sich höchstwahrscheinlich Ende Juni versammeln werde, wenn bis dahin innerhalb zehn Tagen die Ruhe und Ordnung in Oberschlesien wiederhergestellt sei und wenn an diesem Zeitpunkt die Ereignisse im Orient es den Ententeregierungen gestatten würden, jetzt endlich eine gemeinsame Politik zu erarbeiten.

## Der Zusammenbruch der Getreide-Zwangswirtschaft.

Die Zwangswirtschaft, die unter dem Zwange der Kriegsverhältnisse eingeführt und auf immer weitere Zweige des Wirtschaftslebens ausgebeutet worden war, ist heute bis auf wenige kümmerliche Reste abgebaut. Obwohl sie ausschließlich dem Zwecke diente, das Durchhalten im Kriege zu ermöglichen, wurde sie von den Befürwortern der freien Wirtschaft als ein Stück Sozialismus verschrien und bekämpft. Selbstverständlich hatte sie in Wirklichkeit mit Sozialismus auch nicht das geringste zu tun. Aber wenn die Kriegswirtschaft auch absolut nichts Sozialistisches an sich hatte, so hatte sie doch den Vorteil, daß sie den minderbemittelten Volksschichten wenigstens ein gewisses Minimum von Lebensmitteln zu einigermaßen erträglichen Preisen garantierte. Deshalb sind wir auch immer dafür eingetreten, daß das System der Zwangswirtschaft — entsprechend verbessert — beibehalten werden sollte, solange die durch den Krieg hervorgerufenen Mängel an Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen fortbestehen. Ueberhaupt wäre es ja nach der wahren Sinnigen Zerstörung unermesslicher Güter, angesichts der abgenutzten und verbrauchten Produktionsmittel und des Mangels an Rohstoffen und Lebensmitteln unbedingt notwendig gewesen, die kümmerlichen Ansätze einer gewissen Regelung und Kontrolle der Wirtschaft, die die Kriegswirtschaft immerhin darstellte, weiter auszugestalten, um mit den noch verfügbaren geringen Mengen von Rohstoffen und Gebrauchsgütern in der sparsamsten und rationellsten Weise zu wirtschaften. Ein Ausbau des Kriegswirtschaftssystems unter Beseitigung der ihm anhaftenden Mängel zu einer planmäßigen Regelung der Produktion und des Konsums im Interesse der Allgemeinheit war das Gebot der Stunde. Eine solche Regelung lag zwar im Interesse der breiten Massen des Volkes, widersprach aber dem kapitalistischen Profitinteresse. Deshalb drängten die Anhänger der privatkapitalistischen Wirtschaftsweise bald nach der Revolution, sobald sie sich nur wieder etwas sicherer fühlten, mit allen Kräften nach dem Abbau der Zwangswirtschaft und zur freien Wirtschaft. Bei den Koalitionregierungen und im Parlament fanden sie für diese Bestrebungen auch volles Verständnis. Mit vollen Segeln wurde in die freie Wirtschaft hineingesteuert, und so sind heute von der Zwangswirtschaft nur noch einige Trümmer vorhanden. Im wesentlichen sind es nur drei Gebiete, auf denen jetzt noch die Zwangswirtschaft von Bedeutung ist: die Kohlenproduktion, die Getreidewirtschaft und die Wohnungsmieten. Aber mit allen Kräften und mit allen Mitteln wird darauf hingearbeitet, besonders die beiden letzten Gebiete der Zwangswirtschaft zu entziehen.

Die Getreidewirtschaft ist besonders unter der Leitung des Reichsernährungsministers Hermes mehr und mehr zerfallen. Unter seinem Regime hat die Sabotage der Ernährungswirtschaft einen derartigen Umfang angenommen, daß man jetzt von einem vollständigen Zusammenbruch der Getreidebewirtschaftung reden kann. Hermes, ein Mitglied der berühmten „Regierung des Wiederaufbaues“, hat den Wünschen und Forderungen der landwirtschaftlichen Produzenten in einer Weise Rechnung getragen, daß ihm selbst aus den Kreisen seiner nächsten Parteifreunde die heftigsten Vorwürfe darüber gemacht wurden. So wurden ihm gelegentlich einer Reise durch das Rheinland von christlichen Gewerkschaftern recht berbe Wahrheiten gesagt. Der christliche Kartellsekretär Alberts erklärte, daß in der ganzen Arbeiterschaft die Meinung herrsche, Hermes richte sich mehr nach den Wünschen der Landwirte als nach den Bedürfnissen der Arbeiterbevölkerung, und der christliche Gewerkschaftssekretär Jansen sagte, es sei verbitternd, das man die Arbeiterschaft immer fest anpacke, aber gegen die Landwirtschaft nie durchgreife. Die christlichen Arbeiter hätten es in der Vergangenheit an Sympathien für die Landwirtschaft nicht fehlen lassen und sich deshalb mit den Sozialdemokraten bei der Zollgesetzgebung herumgeschlagen. Zum Dank dafür würden sie heute von den Landwirten ausgepöbert.

Diese Kritik an der Tätigkeit des Ernährungsministers ist durchaus berechtigt. Es wäre aber falsch, wenn man in Hermes den allein Schuldigen sehen wollte. Wie wir schon erwähnten, arbeiteten Agrarier, Kapitalisten, Händler und alle bürgerlichen Kreise, die an der ungemessenen freien kapitalistischen Wirtschaft interessiert sind, unausgesetzt daraufhin, auch die letzten Ueberreste der Zwangswirtschaft zu beseitigen.

Der Widerstand der Agrarier hat die verhängnisvollsten Folgen für die gesamte Nahrungsmittelversorgung gehabt. Nicht nur die abzuliefernden Pflichtmengen von Getreide sind von Monat zu Monat zurückgegangen, unter der Zwangswirtschaft ist auch die landwirtschaftliche Produktion in beängstigender Weise beeinträchtigt worden. Immer mehr ist die Landwirtschaft zur ersten Wirtschaft übergegangen und die Produktion ist ständig gesunken. Dabei ist besonders bemerkenswert, daß der Rückgang der Erträge in den Bezirken am stärksten war, in denen der Großgrundbesitz vorherrschend ist. Viel mehr noch als die Ernte-